

Editorial

Autor(en): **Baur, Nicole**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Obstetrica : das Hebammenfachmagazin = Obstetrica : la revue spécialisée des sages-femmes**

Band (Jahr): **118 (2020)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Liebe Leserin, lieber Leser

Von der Ungleichheit der Geschlechter bis zur Gewalt in Partnerschaften – sie hiessen Mélanie, Corinne, Aicha oder Emilie und sie wurden von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. In Frankreich zieht man Konsequenzen und wird die Opfer fortan zählen, namentlich nennen, sichtbar machen, damit sie nicht länger nur in den Lokalnachrichten erwähnt werden und daraufhin wieder in Vergessenheit geraten. Bis zum Jahresende dürften mehr als 140 Fälle zu beklagen sein. Von den 27 Tötungsdelikten durch eine/n Partner/-in oder Ex-Partner/-in, die 2018 in der Schweiz registriert wurden, betrafen 24 Frauen. Darüber hinaus werden Frauen Tag für Tag Opfer häuslicher Gewalt (Männer wesentlich seltener). Wir nehmen hier allerdings lediglich die Spitze des Eisbergs wahr. Schätzungen zufolge entspricht dies nur etwa 10 % der tatsächlichen Fälle häuslicher Gewalt, die unter unseren Dächern begangen werden.

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist in der Schweiz seit April 2018 in Kraft. Diese Konvention, die auch als «Übereinkommen von Istanbul» bekannt ist, stellt einen klaren Zusammenhang zwischen Geschlechterungleichheiten und Gewalt gegenüber Frauen her. Darunter versteht sie auch weibliche Genitalverstümmelungen und Zwangsehen, die als extreme Ausprägungen der männlichen Vormachtstellung und des Bedürfnisses nach einer Kontrolle des Körpers, der Sexualität und des Lebens der Frauen eingestuft werden. Sie verlangt Aufklärungsmassnahmen, um die Verachtung gegenüber der Hälfte der Menschheit, die «Objektivierung von Frauen», diese Verleugnung des Lebens einer anderen Person und ihrer Autonomie zu bekämpfen, die zu Gewalt und in Einzelfällen zum Tode führen können.

Die medizinischen Fachkreise sind unverzichtbare Partner bei der Erkennung von Risiken, denen die Frauen in ihrer häuslichen Umgebung ausgesetzt sind. Sie werden vielfach als Erste informiert, sind die Ersten, die in der Lage sind, die Patientinnen zu befragen, bevor sich eine Tragödie ereignet. Da die Intensität der Gewalt im Verlauf der Schwangerschaft zunimmt, sind die Hebammen hier besonders gefordert. Aus unterschiedlichen Quellen ist bekannt, dass eine einfache, mit Wohlwollen und in einer geborgenen Umgebung gestellte Frage in einigen Fällen Leben retten kann.

Herzlich,
Ihre



Nicole Baur

«Wir nehmen lediglich die Spitze des Eisbergs wahr. Schätzungen zufolge entspricht dies nur etwa 10 % der tatsächlichen Fälle häuslicher Gewalt, die unter unseren Dächern begangen werden.»



Nicole Baur,

Leiterin des Amts für Familien- und Gleichstellungspolitik des Kantons Neuenburg,
Präsidentin 2020 der Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Romandie.